



Bundestagswahl 2025: Wer treibt den Wandel? Industrie-Transformation in den Wahlprogrammen

Eine Gegenüberstellung

SCI4climate.NRW steht für die wissenschaftliche Begleitung der Industrietransformation. Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWIKE) hat Ende 2022 das Wuppertal Institut, das Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik UMSICHT, das Institut der deutschen Wirtschaft, die VDZ Technology gGmbH und die VDEh-Betriebsforschungsinstitut GmbH (BFI) beauftragt, Transformationspfade für den klimaneutralen Umbau der Industrie in Deutschland zu erforschen. Nordrhein-Westfalen dient dabei als Modellregion. Die Forschung baut auf den Ergebnissen des Vorgängerprojekts SCI4climate.NRW 2018-2022 auf. Die Institute stehen in engem Austausch miteinander und mit Industrie und Politik in der Initiative IN4climate.NRW.



Bibliographische Angaben

Herausgeber: SCI4climate.NRW
Veröffentlicht: 19. Februar 2025
Autor:innen: Dr. Dagmar Kiyar, Bjarne Duckert
Kontakt: dagmar.kiyar@wupperinst.org
Bitte zitieren als: Kiyar, Dagmar; Duckert, Bjarne (2025): Bundestagswahl 2025: Wer treibt den Wandel? Industrie-Transformation in den Wahlprogrammen. Eine Gegenüberstellung. Ein Bericht von SCI4climate.NRW.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5
2	Herausforderungen für die deutsche Industrie.....	6
3	Positionierung der Parteien in ihren Wahlprogrammen.....	7
3.1	Stromversorgung und Energieträger	7
3.2	Wasserstoff.....	11
3.3	Carbon Capture and Storage (CCS), Carbon Capture and Utilization (CCU) und Carbon Management	13
3.4	Kreislaufwirtschaft und Umgang mit Rohstoffen.....	15
3.5	Bürokratieabbau	17
3.6	Weitere Förderung der Transformation der Industrie.....	20
4	Perspektive für die Industrietransformation.....	22

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Industrietransformation in den Parteiprogrammen – Stromversorgung und Energieträger	11
Tabelle 2: Industrietransformation in den Parteiprogrammen – Wasserstoff.....	13
Tabelle 3: Industrietransformation in den Parteiprogrammen – CCU/ CCS.....	15
Tabelle 4: Industrietransformation in den Parteiprogrammen – Kreislaufwirtschaft und Rohstoffe ..	17
Tabelle 5: Industrietransformation in den Parteiprogrammen – Bürokratieabbau	20
Tabelle 6: Industrietransformation in den Parteiprogrammen – Förderung	22

1 Einleitung

In dem Ziel, die deutsche Industrie aus der Krise zu führen und sie zukunftsfähig zu machen, sind sich die deutschen Parteien einig. Über die Wege zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit jedoch bestehen grundlegende Meinungsverschiedenheiten. Das vorliegende Papier fasst die Vorschläge der Parteien entlang der Herausforderungen des Industriesektors in Deutschland zusammen.

Die deutsche Industrie ist zentral für Wohlstand und Demokratie: Sie trägt etwa ein Viertel zur gesamten Bruttowertschöpfung bei und liegt damit deutlich über dem Anteil in den meisten europäischen Nachbarländern. Zudem bietet der Industriesektor produktive, gut bezahlte Arbeitsplätze und ist eng mit dem Dienstleistungssektor vernetzt. Gleichzeitig birgt sie großes Klimaschutzpotenzial, da sie sowohl Emissionen verursacht als auch Schlüssel zur Dekarbonisierung ist. Die große politische Herausforderung für die Transformation des Sektors ist es, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass die Umstellung bestmöglich funktionieren kann. Doch neben der ausreichenden Bereitstellung von grünen Energien und der nötigen Infrastruktur sind auch von den Unternehmen massive Investitionen nötig. Und dies in einer Situation, die aufgrund der Weltmarktlage äußerst schwierig ist. Daher ist die Industrietransformation am Standort Deutschland eine der großen Aufgaben für die neue Bundesregierung – auch wenn schon die Regierungsbildung laut aktueller Hochrechnungen eine Herausforderung an sich sein wird.

Zentrale Ansatzpunkte für die neue Regierung werden sein: Welche Themen beschäftigen die deutsche Industrie derzeit? Welche Grundlagen sind für den Erfolg der Transformation unerlässlich? Anhand von zentralen Themen soll das Spannungsfeld zwischen Herausforderungen und politischer Diskussion beleuchtet werden. Welche Antworten geben die Parteien auf die Fragen der Industrietransformation und wie sind diese einzuordnen?

Als Bewertungsgrundlage dient jeweils ausschließlich das Wahlprogramm der Parteien zur Bundestagswahl 2025. Die beiden Parteien Alternative für Deutschland (AfD) und das Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) werden im vorliegenden Papier, das die Transformation der energieintensiven Industrie hin zu Dekarbonisierung und Zukunftsfähigkeit behandelt, nicht abgebildet. Die AfD ist eine Partei, die in Teilen als rechtsextrem eingestuft wird und über die aktuell ein Verbotsverfahren diskutiert wird. Da sich die demokratischen Parteien zumindest darin einig sind, eine Regierungsbeteiligung dieser Partei zu verhindern, wird sie künftig aus der Opposition heraus blockieren und verlangsamen. An einer Transformation der deutschen Industrie ist diese Partei nicht interessiert – sie leugnet den Klimawandel und ignoriert die wissenschaftlichen Erkenntnisse dazu. In Zeiten, in denen die Folgen der Erderwärmung bereits spürbar sind, ist dies eine fatale Haltung und Verdrängungsleistung.

Das BSW anerkennt zwar den Klimawandel als ernste Herausforderung, bietet als Lösungen aber wenig Konstruktives – sie wünscht sich den Ausstieg aus dem europäischen Emissionshandel und die

Wiederaufnahme von Importen russischen Erdgases und lehnt Wasserstoff-Importe als “Neo-Kolonialismus” ab.

2 Herausforderungen für die deutsche Industrie

Historisch betrachtet hat sich die deutsche Industrie nach dem Zweiten Weltkrieg und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland bemerkenswert entwickelt. ‚Made in Germany‘ hat sich vom Stigma zum Qualitätsmerkmal gewandelt, deutsche Produkte sind für ihre Qualität und Funktionalität geschätzt. Die erfolgreiche Position jedoch erschwert es, bestehende Strategien zu hinterfragen und beschrittene Pfade zu verlassen. Diese haben sich aus Sicht der Unternehmen bewährt - eine Neuausrichtung in Form einer Umstellung von Produktionsweisen ist keine leichte Entscheidung.

Diese ‚hausgemachte‘ Herausforderung kann deshalb dazu führen, dass in einigen Industriebereichen Deutschland im internationalen Vergleich ein technologischer Rückstand droht, beispielhaft abzulesen in der Automobilbranche, die traditionell als Aushängeschild deutscher Ingenieurskunst galt: Während internationale Unternehmen auf Elektromobilität und autonomes Fahren setzen, hinkt Deutschland hier inzwischen hinterher.

Ein zentrales Problemfeld ist zudem die Digitalisierung: In digitalen Geschäftsmodellen liegt Deutschland weit zurück, was nicht nur Innovation, sondern auch die nötige Infrastruktur betrifft. Umfragen zufolge belastet zudem die komplexe Bürokratie in Deutschland und Europa, Unternehmen jedweder Größe (u.a. Ifo 2024; BDI 2025; Stiftung Familienunternehmen 2024). Lange Genehmigungsprozesse, eine Vielzahl an Anforderungen und eine hohe Verwaltungsbelastung zählen zu den oft genannten Hindernissen.

Und schließlich hatte der russische Angriffskrieg auf die Ukraine direkte Auswirkungen auf unser Wohlstandsmodell. Im Jahr 2020 kamen rund 55 Prozent des deutschen Erdgasimports aus Russland. Erdgas war lange die bevorzugte Energiequelle für den deutschen Wärmemarkt, spielte eine zentrale Rolle in den Grundstoffindustrien und wurde als vergleichsweise CO₂-arme Brückentechnologie für die deutsche Stromversorgung betrachtet. Den Wegfall dieser vermeintlich günstigen Energiequelle zu kompensieren, war eine große Herausforderung.

Hinzu kommt, dass Deutschland seit vielen Jahren zu den größten Exportnationen des Welthandels zählt. Grundlage für dieses Erfolgsmodell sind allerdings offene Märkte und ein regelbasierter öffentlicher Handel. Derzeit erleben wir jedoch, wie sich diese Märkte zunehmend wandeln: Nationalstaaten intervenieren, um ihre Industrien zu schützen oder mit den Erfahrungen der Abhängigkeit von russischem Gas größere Unabhängigkeit zu gewinnen.

Beispielhaft sei dies einmal an der Energiewende aufgezeigt, denn auch durch sie verändern sich internationale Märkte: Sie verläuft weltweit unterschiedlich und verändert globale Wertschöpfungsketten, was direkte Auswirkungen auf das Welthandelssystem hat. Positiv betrachtet, reduziert die Energiewende die Abhängigkeit von Importen und die Risiken von Preisvolatilität, was zu

einer ‚Sicherheitsdividende‘ führt – auch von deutschen Politikern nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine hervorgehoben: Erneuerbare Energien sind „Freiheitsenergien“. Erneuerbare Energien stärken die Souveränität der Energieversorgung. Gleichwohl bleibt diese Umstellung nicht ohne Auswirkungen: Zum einen können mit der Ausrichtung der Industrie auf und damit steigenden Nachfrage nach sauberen Energiequellen die regionale Verfügbarkeit erneuerbarer Energien ein zentraler Faktor bei der Standortwahl werden – insbesondere für energieintensive Branchen (Renewables-Pull-Effekt). Zum anderen entstehen neue Konkurrenzsituationen und Konflikte, insbesondere um den Zugang zu Rohstoffen wie Lithium und Kobalt, die für grüne Technologien notwendig sind. Staaten sind versucht, ihre eigenen ‚Wettbewerbsvorsprünge‘ zu sichern, ihre Anteile an globalen Wertschöpfungsketten der Hochtechnologie stärker unter staatliche Kontrolle zu bringen und zu re-nationalisieren. Schon heute sehen wir handelspolitische Auseinandersetzungen, etwa bei Zöllen auf E-Autos oder Solarpaneele, diskutiert werden zudem weitere Zölle und ein Handelsembargo auf seltene Mineralien. Dieser nichtkooperative Wettbewerb und die zunehmende Abschottung der Wirtschaft sind unter Strategien wie ‚America First‘ oder ‚Made in China 2025‘ gut erkennbar. ‚America First‘, besonders geprägt von Donald Trump zwischen 2016 und 2020, blieb auch unter Präsident Joe Biden bestehen – trotz der verstärkten Aufmerksamkeit für Europa im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine 2022. Die ersten Wochen der zweiten Amtszeit von Präsident Trump zeigen bereits, dass er nicht davor zurückschreckt Strafzölle gegen Länder wie Kanada, Mexiko und China oder auf Produkte wie Stahl und Aluminium zu erlassen.

Wie stark Deutschland hiervon betroffen ist, zeigen die im Januar 2024 veröffentlichten DIHK-Leitlinien für die internationale Handelspolitik, in denen der weltweite Trend zur Abschottung beklagt wird: Jeder vierte Arbeitsplatz ist vom Außenhandel abhängig, in der Industrie betrifft es sogar jeden zweiten (DIHK 2024).

Doch zurück zum Blick nach innen: Der 21. Bundestag seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland steht vor der Herausforderung, dass sich – laut Hochrechnungen – die Parteienlandschaft und die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag verändert haben. Dies dürfte zu schwierigen Koalitionsverhandlungen führen – und einer vermutlich starken, fordernden Opposition. Doch ganz unabhängig von der künftigen Regierungskonstellation nach der Bundestagswahl am 23. Februar muss schnell eine Lösung für die Finanzierung der dringend benötigten Milliarden-Investitionen in die Infrastruktur wie auch die Transformation der Industrie gefunden werden – u.a. eine Forderung mehrerer Verbände aus der Energie- und Industriebranche und Nicht-Regierungsorganisationen (Tagesspiegel Background 2025).

3 Positionierung der Parteien in ihren Wahlprogrammen

3.1 Stromversorgung und Energieträger

Die industrielle Produktion muss teilweise oder vollständig elektrifiziert werden, entweder direkt oder indirekt. Direkte Elektrifizierung wird allgemein als die effizienteste Lösung angesehen, sofern sie

technisch realisierbar ist. Doch die Elektrifizierung der Industrie erfordert nicht nur eine zuverlässige Stromversorgung, sondern auch eine verlässliche und zukunftsfähige Strompreisgestaltung. Nicht nur vor dem Hintergrund der Klimapolitik kommt dem Ausbau der erneuerbaren Energien dabei eine große Rolle zu - einhergehen damit allerdings auch Herausforderungen wie Energiespeicher, die Flexibilisierung des Verbrauchs und der Nachfrage, der notwendige Netzausbau und die Gestaltung der Netzentgelte.

Alle sieben Parteien streben an, die Stromsteuer auf das von der EU wettbewerbsrechtlich vorgegebene Minimum zu senken. Statt der seit 2003 geltenden 2,05 Cent pro Kilowattstunde würde sie dann nur noch 0,05 Cent betragen - allerdings galt diese Höhe durch das 2023 von der Ampel-Regierung verabschiedete Strompreispaket zunächst vorübergehend für alle Unternehmen des produzierenden Gewerbes bereits; in der damaligen Bundesregierung herrschte Einigkeit darüber, dass dies bei entsprechender Darstellbarkeit im Bundeshaushalt auch bis 2028 gelten soll. Die Netzentgelte sollen nach den Plänen aller Parteien gesenkt werden; die Gestaltung dieser Reform unterscheidet sich allerdings bei den Parteien. Hinsichtlich der Wahl der Energieträger gibt es bei der Kernenergie die deutlichsten Unterschiede: Klare Ablehnung der Kernenergie bzw. Festhalten am Ausstieg bei SPD, Grünen und Linken, Bekenntnis zur Kernenergie bei CDU/CSU und FDP. Bei CDU/CSU, SPD, den Grünen und der Linken gibt es ein eindeutiges Ja zu den erneuerbaren Energien - die u.a. als bezahlbar, verlässlich, sicher und klimaneutral beschrieben werden. Die FDP erwähnt im Zusammenhang mit den erneuerbaren Energien, dass sie diese vollständig in den Markt überführen will und die bessere Synchronisierung des Netzausbaus, setzt ansonsten aber auf verschiedenste Energieträger.

SPD

Die SPD listet das Thema "günstige[r] Strom, den unsere Unternehmen dringend brauchen" als grundlegendes Thema im Einleitungsteil ihres Wahlprogramms auf. So sollen die mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien verbundenen Ausbaukosten der Stromnetze für Wirtschaft wie Verbraucher*innen stabilisiert werden und die **Netzentgelte** dann schnellstmöglich **auf 3 Cent/kWh gedeckelt werden**. Die Partei möchte sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass mehr energieintensive Branchen von den Entlastungen der sogenannten **Strompreiskompensation** profitieren können, um so den Strompreis für die Industrie deutlich zu senken; genannt werden die Bereiche "Glasverarbeitung, weitere Teile der Chemie und die Batteriezellenproduktion". Die SPD plant die Schaffung eines **Deutschlandfonds**, um öffentliches und privates Kapital zu mobilisieren und damit u.a. den Stromnetzausbau zu finanzieren. Der Fonds hat zu Beginn nach Vorstellung der SPD eine Ausstattung von 100 Milliarden Euro - im Programm werden eine Reihe von Investitionsbedarfen für den Fonds gelistet; offen bleibt, wie die Aufteilung auf die einzelnen Herausforderungen aussehen wird. Hinsichtlich der **Energieträger** wird eindeutig am Ende der Kernenergie festgehalten, der Fokus liegt hier auf dem Endlager-Suchverfahren. Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung sieht die SPD durch Investitionen in erneuerbare Energien gewährleistet - der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien ist deshalb zentraler Bestandteil ihrer Politik.

CDU/CSU

Unter der Überschrift “Ja zu bezahlbarer, sicherer und sauberer Energie” formuliert auch die CDU/CSU die Absicht, **Netzentgelte zu senken**; durch Freileitungen, also oberirdische Leitungen, soll der Ausbau schnell und günstig vonstatten gehen. Versorgungssicherheit wird durch “eine pragmatische Kraftwerkstrategie” angestrebt, “die einen technologieoffenen **Kapazitätsmarkt** etabliert und damit wettbewerbsfähig für Absicherung der gesicherten Leistung sorgt”. Mit Blick auf die Energieträger gibt sich die Union in ihrem Wahlprogramm technologieoffen. Sie hält am Kohlekompromiss, dem vereinbarten **Kohleausstieg** und den Zusagen des **Strukturstärkungsgesetzes** fest, verweist aber darauf, dass mit Blick auf den Kohleausstieg ein endgültiges Abschalten von Kohlekraftwerken nicht möglich ist, wenn nicht neue Gaskraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen gebaut sind. Auch die erneuerbaren Energien sollen genutzt und ausgebaut werden - und das zwar konsequent alle: “Windenergie an Land und auf See, Solarenergie, Geothermie, Wasserkraft, Bioenergie und den nachwachsenden Rohstoff Holz”. Auch die “Potenziale der Kraft-Wärme-Kopplung müssen konsequent genutzt werden”. Die **Kernenergie** ist als Option ausdrücklich genannt - dies beinhaltet vor allem die Bereiche Forschung und eine zu prüfende Wiederaufnahme des Betriebes der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke. Weitere Bereiche, die im Programm genannt werden sind die Hervorhebung der **Bedeutung des europäischen Energiebinnenmarktes**, die smartere Nutzung von Energie - durch Smart Meter und **Digitalisierung**, ein **Strommarktdesign**, in dem u.a. für mehr Preisstabilität die Terminmärkte weiterentwickelt werden.

Bündnis 90/ Die Grünen

Bündnis 90/ Die Grünen wollen die Finanzierung des Netzausbaus reformieren, um so **Netzentgelte zu senken**: die überregionalen Stromleitungen sollen durch einen Deutschlandfonds finanziert werden. Der Deutschlandfonds dient wie bei der SPD auch bei den Grünen für Investitionen in die Zukunft bzw. **tragfähige Infrastrukturen** und soll reguläre Haushaltsmittel ergänzen. Langfristige **Investitionssicherheit für Kraftwerke**, bspw. im Rahmen von Kapazitätsmärkten, soll mit Anreizen für **effizienten Stromverbrauch** kombiniert werden. **Regionale Energiemärkte** werden geprüft, und die Verteilnetze werden an die Integration erneuerbarer Energien angepasst. **Faire Netzentgelte** sollen den Ausbau von Solar-, Windenergie und Speichern fördern und gleichzeitig Strompreise sowie den Bundeshaushalt entlasten. Durch eine “breitere Ausgestaltung der **Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen**, die im globalen Wettbewerb stehen” sollen Unternehmen zudem finanziell entlastet werden. Die **erneuerbaren Energien** stehen im Mittelpunkt: Sie sind Garant für eine “günstige, verlässliche und klimaneutrale” Versorgung und sollen bis 2030 80% der Stromerzeugung ausmachen; bis “2035 wird der Strom komplett klimaneutral hergestellt”. Um den begangenen Weg weiter zu gehen, setzen die Grünen auf **Flexibilität und Dezentralität** sowie auf Speicher aller Arten. Zudem wirbt die Partei in ihrem Programm für den “**leistungsfähigen europäischen Strombinnenmarkt**” und den Ausbau der “Stromnetze zu unseren europäischen Nachbarn”. Neben den erneuerbaren Energien wird auch auf andere **Energieträger** eingegangen; so wird die Atomkraft als Hochrisikotechnologie klar ausgeschlossen, fossile Energien als Auslaufmodell bezeichnet und damit insbesondere der Kohleausstieg unterstrichen.

FDP

Die von allen Parteien geforderte Reduzierung der **Stromsteuer** auf das EU-Mindestmaß kann nach Ansicht der FDP nur der erste Schritt sein; danach will man sich “auf europäischer Ebene für ihre Abschaffung einsetzen”. Auch die EU-Mindestsätze für die **Energiesteuer** auf Heiz- und Kraftstoffe sollen schrittweise auf null gesenkt werden: Langfristig soll der CO₂-Preis vollständig die Strom- und Energiesteuer ersetzen. Die **Netzentgelte**, “einer der großen Treiber der Stromkosten”, sollen durch Digitalisierung und **dynamische Netzentgelte** reformiert werden, um so Netzengpässe zu minimieren. Wie die Union spricht sich auch die FDP aus Kostengründen für oberirdischen Leitungsbau aus. Der Bau neuer Gaskraftwerke soll durch einen schlanken, unbürokratischen **Kapazitätsmarkt** gefördert werden. Um Abhängigkeiten von Gasimporten zu vermeiden, wird eine diversifizierte Gasversorgung vorgeschlagen. Dazu sollen die **heimische Erdgasförderung**, etwa in Borkum, und Fracking-Verfahren ausgebaut werden – für mehr inländische Wertschöpfung statt Importen. Mit Blick auf die **erneuerbaren Energien** spricht sich die FDP für die Abschaffung der EEG-Subventionen aus, da diese bereits 60% der Stromproduktion ausmachen. Eine marktgerechte Vergütung stellt sicher, dass Photovoltaik- und Windkraftanlagen nur dort entstehen, wo Netze und Speicher ausreichend vorhanden sind. Staatlich vorgegebene Ausbaupfade und garantierte Abnahmepreise werden abgelehnt. Klimafreundliche Zukunftstechnologien beinhalten für die FDP ausdrücklich die **Kernfusion und sichere Kernkraftwerke** - ohne Subventionen. Kernkraftwerke der neueren Generation (Dual-Fluid-Reaktoren, Thorium-Flüssigsalzreaktoren oder Small Modular Reactors) sollen in Deutschland rechtssicher gebaut werden können; die Wiederinbetriebnahme der vorhandenen Kernkraftwerke soll rechtlich ermöglicht werden, die Entscheidung zum Betrieb den Betreibern überlassen werden.

Die Linke

Beim Thema **Netzentgelte** setzt die Linke auf eine neue Struktur: Netzentgelte müssen so gestaltet werden, dass **flexible Stromnachfrage** in der Industrie gefördert statt gleichbleibenden Verbrauchs belohnt wird. Stromerzeuger und der internationale Stromhandel sollen sich an den Transportkosten beteiligen, um Strom möglichst nahe an der Erzeugung zu nutzen und den Netzausbau zu begrenzen. Das **Merit-Order-Prinzip** in seiner jetzigen Form wird abgelehnt: “Wenige teure fossile Kraftwerke dürfen nicht mehr die Preise für den gesamten Strommarkt setzen”. Ein **fares Strommarktsystem** muss leistungslosen Übergewinnen vorbeugen – treten sie durch externe Schocks dennoch auf, müssen sie konsequent abgeschöpft werden. Die Mittel des Klima- und Transformationsfonds (KTF) sollen u.a. für die Finanzierung eines **Industriestrompreises** genutzt werden, “der die energieintensive Industrie in der Transformation unterstützt”. Für den großen Teil der zukünftigen Energieversorgung, die erst noch aufgebaut werden muss, sieht die Linke eine zentrale Rolle bei Staat und Kommunen und formuliert, dass ein erheblicher Teil der **Energieproduktion in öffentliche Hand** zu bringen ist. So soll auch die Ansiedlung von Windrad- und Solarfabriken in Deutschland gefördert werden. Hinsichtlich der **Energieträger** ist die Linke eindeutig: Investitionen nur in echte erneuerbare Energiequellen und Infrastruktur. “Wir überlassen die Energiewende nicht dem Markt. Wir wollen Energieverbrauch reduzieren und die Energieeffizienz steigern.” Hierzu gehört auch, sich auf EU-Ebene dafür stark zu machen, die positive Bewertung von Atomkraft und Gas in der Taxonomie zu streichen, sich für einen **Atomausstieg “in Europa und überall auf der Welt”** einzusetzen. Der **Kohleausstieg bis 2030** muss umgesetzt werden und dem Ausstieg aus Atom und Kohle muss auch der Ausstieg aus fossilem Erdgas folgen - bis 2035 soll die Nutzung von Erdgas zur Stromerzeugung beendet werden.

Tabelle 1: Industrietransformation in den Parteiprogrammen – Stromversorgung und Energieträger

STROMVERSORGUNG	ENERGIETRÄGER
Senkung der Netzentgelte: SPD CDU/ CSU Bündnis 90/ Die Grünen	Keine Kernenergie im deutschen Energiemix: SPD Bündnis 90/ Die Grünen Die Linke
Ausweitung Strompreiskompensation: SPD Bündnis 90/ Die Grünen	Kernenergie als Option/ Kernfusion: CDU/ CSU FDP
Kapazitätsmarkt: CDU/ CSU FDP	Erneuerbare Energien sind zentral: SPD Bündnis 90/ Die Grünen Die Linke
Strommarktdesign für Preisstabilität: CDU/CSU	Heimische Erdgasförderung: FDP
Prüfung regionaler Energiemärkte: Bündnis 90/ Die Grünen	
Strom- und Energiesteuer langfristig abschaffen: FDP	
Überarbeitung Merit-Order-Prinzip: Die Linke	

3.2 Wasserstoff

Wasserstoff gilt als Schlüsseltechnologie für die Energiewende vor allem mit Blick auf Stahl- und Chemieindustrie, doch die politisch geforderte schnelle Skalierung der Wasserstoffproduktion steht noch vor großen Herausforderungen, insbesondere hinsichtlich der Infrastruktur, der Kosten und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Intensive politische Debatten sind die Folge.

Bei der CDU/CSU, bei der SPD wie auch beim Bündnis 90/ Die Grünen ist ein Bekenntnis zum Wasserstoff in den Parteiprogrammen abzulesen. Bei den Grünen und der SPD gibt es dabei ein Bekenntnis zu grünem Wasserstoff, die CDU möchte die Wasserstoffwirtschaft ebenfalls ausbauen, setzt dabei aber auf "Pragmatismus", was auf eine größere Offenheit gegenüber beispielsweise blauem Wasserstoff schließen lässt. Die Linke ist mit Blick auf langfristig hohe Kosten des Energieträgers zurückhaltend. Die FDP ist wenig konkret, was den Einsatz von Wasserstoff in der Industrie angeht. Wenn man die Parteiprogramme zugrunde legt, gibt es zumindest mit CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen absehbare Mehrheiten für die Themen Wasserstoffinfrastruktur bzw. Wasserstoff-Kernnetz-Ausbau sowie Zustimmung bei den H₂-Importen.

SPD

Die SPD sieht die Bedeutung ("wesentliche Rolle") von grünem Wasserstoff für die Industrie. Damit Wasserstoff in Deutschland "Fuß fassen kann", plädiert die Partei für „**Leitmärkte für grünen Stahl made in Germany**“, das heißt bspw. „feste Anteile von grünem Stahl, zum Beispiel bei der Bahn oder in Umspannplattformen“. Ferner will die SPD mit dem Deutschlandfonds dem **Investitionsbedarf auch beim Wasserstoffnetz** gerecht werden, wobei auch hier offen bleibt, wie viel für die Wasserstoffinfrastruktur angedacht ist.

Daneben müssen, so die SPD, „**ausreichende Speicherkapazitäten**, etwa im Rahmen einer nationalen Wasserstoffreserve aufgebaut werden.“ International sollen mit **strategischen Partnerschaften** – auch zum Ausbau von grünem Wasserstoff – Allianzen gebildet und Brücken gebaut werden.

CDU/ CSU

Mit Blick auf den Wasserstoff ist eine wesentliche Forderung, den „**Wasserstoff zum Erfolg zu führen**“ – und um das zu erreichen sind laut Union **Planungssicherheit und die nötige Infrastruktur** wichtig. Um eine Benachteiligung einzelner Regionen zu vermeiden, muss das Wasserstoffkernnetz alle Wirtschaftsregionen in Deutschland erreichen. Auch im CSU-eigenen Programm gibt es zum Anschluss Bayerns einen eigenen Absatz dazu: „dass auch Bayern als industrielles Kernland an das Wasserstoffnetz angeschlossen wird; es braucht einen Anschluss von Süden her“. Mit Blick auf heimische Erzeugung und Importe, mahnt die Union einen gewissen Pragmatismus an. Und nach Aussage von CDU/CSU wird der Wasserstoffhochlauf nur im europäischen Kontext erfolgreich sein.

Unter dem Stichpunkt „Infrastruktur ganzheitlich denken“ formulieren die Unionsparteien Planungssicherheit für die notwendige Infrastruktur.

Konkret wird **Wasserstoff im Bereich Verkehr** genannt – als einer der möglichen alternativen Antriebe, neben E-Fuels und nachhaltigen Biokraftstoffen. Die CDU/CSU steht hier für Technologieoffenheit. Zur Industrie findet sich keine explizite Aussage zum Wasserstoff. Aber unter dem Stichwort mehr Markt, weniger Staat heißt es: „Wir setzen auf Pioniermärkte, mit denen über Quoten für ... **klimaneutralen Stahl** ein effizienter Markthochlauf gelingen kann.“

Bündnis 90/ Die Grünen

Nach Auffassung von Bündnis 90/ Die Grünen ist der **zügige Aufbau eines Wasserstoff-Kernnetzes** notwendig. Die **Erzeugung von grünem Wasserstoff in Deutschland** soll gefördert werden und es sind neue Importquellen zu sichern.

Wasserstoff ist für die Grünen „Zukunftstechnologie“ wie auch Elektromobilität, ein Schritt zur Klimaneutralität und gleichzeitig ein Innovationsmotor – eine Technologie, bei der die deutsche Industrie ganz vorne mit dabei sein kann. Diese Zukunftstechnologien gilt es zu ermöglichen, zu fördern und zu unterstützen. Die Partei setzt sich deshalb auch für die zügige Umsetzung des Net Zero Industry Acts (März 2023) ein.

Die Unterstützung soll u.a. durch einen Bürokratie-Abbau und Planungssicherheit erreicht werden, oder aber auch nachfrage-seitig durch die **Förderung eines grünen Leitmarktes für klimafreundliche Produkte**, also bspw. eine Mindestquote an grünem Stahl bei öffentlichen Aufträgen.

FDP

Wasserstoff wird im FDP-Partei-Programm nur an zwei Stellen erwähnt. Dies ist einmal im Zusammenhang mit dem **Abbau von Regulatorik**: Demnach müssten „regulatorische Hürden für einen schnellen Netzausbau“ fallen, was auch die Energiepreise senken könne. Deshalb wird „eine bessere Synchronisierung des Netzausbaus mit dem Ausbau von Erneuerbaren Energien, Kraftwerke, Speichern und der Wasserstoffwirtschaft“ gefordert, um so „die Effizienz des Gesamtsystems zu steigern“.

Die zweite Nennung ist im Bereich Mobilität: Unter der Überschrift: „Technologiefreiheit statt ideologischer Verkehrspolitik“ fordert die FDP hier eine **Gleichstellung von Elektromobilität, klimaneutralen Kraftstoffen und Wasserstoff** – mit Blick auf Regulatorik, Besteuerung und Förderung. Nur durch diese Technologieoffenheit lässt sich „die Mobilität der Zukunft gestalten“, die „den Klimaschutz voranbringen und gleichzeitig die wirtschaftliche Stabilität stärken“ wird.

Die Linke

Die Linke hält nichts von der Anwendung von Wasserstoff im Individualverkehr- und im Gebäudebereich. Wasserstoff, der „**Champagner der Energiewende**“ ist, so die Partei, teuer und energieintensiv und darf deshalb nur dort eingesetzt werden, wo er absolut unverzichtbar ist und es keine praktikablen Alternativen gibt, also als **Langzeit-Energiespeicher** oder in **Bereichen der industriellen Produktion**. „Perspektivisch wollen wir, dass in allen Anwendungsbereichen lediglich Wasserstoff aus der Elektrolyse von Strom aus erneuerbaren Energiequellen zum Einsatz kommt.“

Tabelle 2: Industrietransformation in den Parteiprogrammen – Wasserstoff

CCU/ CCS
Infrastruktur/ Wasserstoffnetz + H₂-Reserve:
SPD
CDU/ CSU
Bündnis 90/ Die Grünen
FDP
Nutzung von H₂ in der Industrie:
SPD
Bündnis 90/ Die Grünen
Die Linke
(CDU/CSU)
Nutzung von H₂ auch im Bereich Gebäude und/ oder Verkehr:
CDU/ CSU
FDP
H₂-Import:
SPD
CDU/CSU
Bündnis 90/ Die Grünen

3.3 Carbon Capture and Storage (CCS), Carbon Capture and Utilization (CCU) und Carbon Management

Auch bei der Umstellung auf erneuerbare Energien und Hebung aller Effizienzpotentiale entstehen in einem klimaneutralen System weiterhin CO₂-Mengen, die nicht vermieden werden können. Das sind zum Beispiel prozessbedingte CO₂-Mengen aus der Kalk- und Zementindustrie.

Politische Diskussionen gab es in Deutschland zuletzt mit Blick auf die Carbon-Management-Strategie, die zwar im August 2024 vom Kabinett beschlossen wurde, durch den Bruch der Ampel-Regierung aber nicht mehr in einem Gesetz mündete.

In den Wahlprogrammen der Parteien wird das Thema sehr unterschiedlich betrachtet: Für die SPD und die Grünen sollte Carbon Capture and Storage (CCS) nur da eingesetzt werden, wo selbst mit ehrgeizigen Reduktionsstrategien CO₂-Mengen nicht vermeidbar sind, die Linke lehnt die Technologie grundsätzlich ab, macht nur die Ausnahme für den Industrieumbau, wenn es kein CO₂-freies

Produktionsverfahren gibt. Die FDP will Carbon Capture and Utilization (CCU)/ Carbon Capture and Storage (CCS) diskriminierungsfrei als Option ermöglichen, die CDU/CSU schreibt in ihrem Programm, dass sie eine CO₂-Kreislaufwirtschaft etablieren möchte. Grundsätzlich gibt es bei CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und der FDP die Bereitschaft CCS/CCU zu ermöglichen - strittig wird aber der genaue Einsatz sein, bspw. ob CCS auch für Gaskraftwerke möglich sein wird.

In den Parteiprogrammen wird wenig zu weiterführenden Aspekten der politischen Diskussion rund um CCS/ CCU in Deutschland gesagt; hier sei stichwortartig nur der Bereich gesellschaftliche Akzeptanz genannt.

SPD

Die SPD formuliert in ihrem Programm, dass die CO₂-Abscheidung nur für die CO₂-Mengen möglich sein sollte, die nicht vermieden werden können. Konkret schreibt die Partei, dass sie den "beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien, effizientes Energiemanagement, Dekarbonisierung der Industrie und eine umfassendere Kreislaufwirtschaft" verfolgen. Es gilt der Grundsatz „**CO₂-Vermeidung vor CO₂-Abscheidung**“.

CDU/ CSU

Die CDU/ CSU formuliert in ihrem Programm das Ziel, eine **CO₂-Kreislaufwirtschaft** zu etablieren. Hierfür macht sich die Union für eine umfassende CO₂-Kreislaufwirtschaft, die sowohl natürliche als auch technische CO₂-Nutzung und -Speicherung umfasst, stark. Im Programm wird deshalb die Schaffung der nötigen Rahmenbedingungen angekündigt, um die Technologien Carbon Capture and Utilization (CCU), Carbon Capture and Storage (CCS) und Direct Air Capture (DACCS) sowie die erforderliche Transportinfrastruktur zu ermöglichen.

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/ Die Grünen sehen CCS/CCU als notwendige **Option für prozessbedingte CO₂-Mengen** und unterstützen den Infrastrukturausbau. Als Voraussetzung formulieren sie hierfür allerdings, "dass das abgeschiedene CO₂ in einer sicheren und stabilen Form gespeichert oder im Rahmen geschlossener Kohlenstoffkreisläufe genutzt wird". Ein europarechtlicher Regelungsrahmen wird angestrebt, zudem eine europäische Infrastruktur, inklusive gemeinsamer europäischer CO₂-Speicher - für die Finanzierung setzt die Partei grundsätzlich auf das Verursacherprinzip. Eine Speicherung in Meeresschutzgebieten und deren unmittelbarer Umgebung wird abgelehnt.

FDP

Getreu der Technologieoffenheit beim Klimaschutz, nennt die FDP in ihrem Wahlprogramm CCS/CCU diskriminierungsfrei als **Klimaschutz-Option**. "Wer der Atmosphäre durch Aufforstung oder technische Methoden Treibhausgase entnimmt, soll ein kostenfreies Zertifikat erhalten. Zudem wollen wir das EU-Klimaziel um ein eigenes Negativemissionsziel erweitern."

Die Linke

Für die Lösung der Probleme des Klimawandels ist CCS/ CCU laut der Linken grundsätzlich **keine Option**: insbesondere die riskante CO₂-Verpressung unter dem Meeresboden wird abgelehnt. Mit Blick auf CCU wird befürchtet, dass dies dazu führen kann, die Energiewende ausbremsen, länger als nötig

an fossilen Anwendungen und Produktionsverfahren festzuhalten. Eine **einzigste Ausnahme** von der ablehnenden Haltung macht die Partei mit Blick auf die Industrietransformation: “Wir wollen sie [CCU] beim Industrieumbau nur dann fördern, wenn es nachgewiesenermaßen kein alternatives, CO₂-freies Produktionsverfahren gibt.”

Tabelle 3: Industrietransformation in den Parteiprogrammen – CCU/ CCS

CCU/ CCS
CO₂-Kreislaufwirtschaft: SPD CDU/CSU Bündnis 90/ Die Grünen
CO₂-Vermeidung vor CO₂-Abscheidung: SPD Die Linke
Infrastruktur: CDU/CSU Bündnis 90/ Die Grünen
Einbindung Europa: Bündnis 90/ Die Grünen

3.4 Kreislaufwirtschaft und Umgang mit Rohstoffen

Die Kreislaufwirtschaft steigert nicht nur die Ressourceneffizienz, sondern hilft auch, Abhängigkeiten von Rohstoffen zu reduzieren und gleichzeitig den CO₂-Ausstoß zu verringern. In der politischen Umsetzung allerdings erfordert eine ernsthafte Behandlung des Themas ein koordiniertes Vorgehen vieler Ministerien, betrifft die Kreislaufwirtschaft doch zahlreiche wirtschaftliche und gesellschaftliche Bereiche, erfordert u.a. Anpassungen von Geschäftsmodellen, neue Kooperationen, den Einsatz digitaler Technologien und arbeitsmarktpolitische Flankierung.

In den Wahlprogrammen wird diese Komplexität nicht abgebildet, konkreter werden nur die Linken und Bündnis 90/ Die Grünen. Recht deutlich positioniert sich auch die FDP, die mit Blick auf Europa den Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft abschaffen will - dieser Sorge nicht für mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit, sondern für Frust in den Betrieben. CDU/ CSU, SPD, Grüne und FDP benennen die Bedeutung einer gesicherten Ressourcenversorgung und präsentieren hier Lösungsansätze. Für die Linke stehen beim Thema Ressourcen insbesondere Umwelt-Aspekte und Gerechtigkeitsfragen im Vordergrund.

SPD

Unter der Überschrift “Wir wollen eine stabile, breit aufgestellte und zukunftsfähige Wirtschaft” wird im SPD-Wahlprogramm die **Kreislaufwirtschaftsstrategie** genannt; diese gilt es pragmatisch umzusetzen, “zum Beispiel mit Absatzmärkten für umweltschonend recycelte Rohstoffe und effizienterem Materialeinsatz.” Die Kreislaufwirtschaft wird zudem genannt, wenn es um die Klimaschutzpolitik geht: Als ein Beitrag zur Vermeidung von Treibhausgas-Emissionen, neben dem beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien, effizientem Energiemanagement und der Dekarbonisierung der Industrie. Betont wird zudem der **Rohstofffonds**, um die heimische Industrie mit ausreichend Rohstoffen zu versorgen; daneben soll aber auch die heimische Rohstoffgewinnung

vorangetrieben werden. Die SPD setzt sich zudem für eine **koordinierte Rohstoffstrategie** auf europäischer Ebene ein.

CDU/ CSU

Im Wahlprogramm der Unionsparteien gibt es das Bekenntnis zum "**marktwirtschaftlichen Klima- und Umweltschutz**", bei dem auch der nachhaltige Umgang mit Ressourcen genannt wird. Auftrag sei es, mit den gegebenen Ressourcen schonend und effizient umzugehen: „Wirtschaften ja, aber nachhaltig“. Dafür möchten die Parteien Stoffkreisläufe schließen, den Ressourcenverbrauch senken und die "**Shared Economy**" stärken. Rechtliche Hemmnisse sollen abgebaut werden, um Technologie- und Material-offen zu recyceln; modulare und langlebige Produktdesigns sind hier beispielhaft genannt.

Um steigenden Rohstoffpreisen entgegenzuwirken, setzt die CDU/CSU in ihrem Wahlprogramm u.a. auf neue Energie- und Rohstoffpartnerschaften und auf europäischer Ebene auf pragmatische Handelsabkommen. Mit dem Begriff „De-Risking“ verknüpft die Partei zudem die stärkere Diversifizierung von Absatzmärkten, Rohstoffquellen wie auch Lieferketten.

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/ Die Grünen widmen dem Thema "**Rohstoffsicherheit und Kreislaufwirtschaft**" ein eigenes Kapitel in ihrem Wahlprogramm und heben hier die Bedeutung einer gesicherten Rohstoffversorgung und effektiven Kreislaufwirtschaft hervor. Hier präsentieren sie einen Vier-Säulen-Ansatz:

1. Primärrohstoffverbrauch langfristig halbieren, fossile Energieträger ersetzen und Recycling stärken
2. Abfallvermeidung, Reparatur und Kreislaufwirtschaft stehen im Fokus
3. Heimischer Bergbau mit modernisierten Regeln und effizienteren Prozessen, um unabhängiger von Importen zu werden
4. Nachhaltige Rohstoffaußenpolitik um Menschenrechte und Umweltschutz zu sichern

Politisch sehen sie die richtigen regulatorischen und ökonomischen Rahmenbedingungen als Aufgabe, verweisen auf Materialstandardisierung und gleiche Wettbewerbsbedingungen für recyceltes Material. Hier wird auch die Umsetzung der **Kreislaufwirtschaftsstrategie** genannt.

FDP

Die FDP würdigt die Kreislaufwirtschaft als zentrales Element für mehr Klima-, Arten- und Naturschutz und setzt auf neue und innovative Verfahren, um aus Abfällen Rohstoffe für die Zukunft zu gewinnen – und so nicht zuletzt auch unabhängiger von Rohstoffimporten zu werden. Mit Blick auf den Freihandel wird der Ausbau wirtschaftlicher Abkommen und Investitionspartnerschaften sowie von Kooperationen in den Bereichen Rohstoffen und grüne Technologien angestrebt.

Die Partei setzt auf **moderne Recyclingmethoden** statt Produktverboten. Der gesetzliche Rahmen soll deshalb "**marktwirtschaftlicher und technologieoffener**" werden. Wie das aussehen kann, zeigen sie am Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft auf: Dieser soll, wie auch andere Regelungen des Green Deal (EU-Taxonomie, EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung, EU-Lieferkettenrichtlinie) abgeschafft werden.

Die Linke

In ihrem Wahlprogramm betont die Linke die Bedeutung einer "Rohstoffwende" - "wir verbrauchen weltweit mehr Ressourcen, als unser Planet regenerieren kann. Der Ressourcenabbau stößt an seine natürlichen Grenzen." Die Linke fordert ein Ressourcenschutzgesetz, um sparsam mit Ressourcen umzugehen, Umweltstandards hier und überall auf der Welt einzuhalten und keinen „grünen Kolonialismus“ zu betreiben.

Die Kreislaufwirtschaft spielt eine große Rolle und soll u.a. durch höhere **gesetzliche Recyclingquoten**, höhere Einsatzquoten für wiederverwertete Stoffe, neue **Ökodesign-Vorgaben** und längere Gewährleistungsdauer gefördert werden. Produkte sollen langlebiger und leichter recycelbar sein. Zudem werden weitreichende Verbote von Einwegverpackungen genannt. Ein **stärkeres Lieferkettengesetz** und ein Ressourcenschutzgesetz sind weitere Forderungen. Für Rohstoffabkommen mit anderen Ländern fordert die Partei diese demokratisch, sozial und ökologisch auszugestalten und in den Ländern zum Aufbau einer nachhaltigen Wertschöpfung beizutragen.

Tabelle 4: Industrietransformation in den Parteiprogrammen – Kreislaufwirtschaft und Rohstoffe

KREISLAUFWIRTSCHAFT	ROHSTOFFE
Kreislaufwirtschaftsstrategie: SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Rohstofffonds: SPD
Shared Economy: CDU/ CSU	Rohstoffstrategie auf EU-Ebene: SPD CDU/CSU FDP
Recycling stärken: SPD CDU/ CSU Bündnis 90/ Die Grünen FDP Die Linke	Nachhaltige Rohstoffaußenpolitik: Bündnis 90/ Die Grünen Die Linke
Stärkung Lieferkettengesetz: Die Linke	

3.5 Bürokratieabbau

Das Thema Bürokratieabbau ist keine rein industrie- oder transformationspolitische Herausforderung, sondern treibt Unternehmen und Industrie generell um: Bei der Abfrage der deutschen Standortfaktoren wird das Thema als zentraler Negativ-Faktor genannt, der Abbau der stark belastenden Bürokratie als wichtige Forderung genannt. Laut ifo-Studie sollte der Bürokratie-Abbau ein zentrales Handlungsfeld der Politik sein, um den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder attraktiver zu machen (ifo 2024). In den Wahlprogrammen von Union und SPD ist abzulesen, dass die vom BMWK in 2023 eingeführten "Praxischecks" Anklang finden (BMWK 2023); Bündnis 90/ Die Grünen wollen das Instrument weiterführen und skalieren. CDU/CSU und BSW sehen Anlass, die Bürokratie zu "entrümpeln", Union, SPD und FDP sprechen sich für Genehmigungsfiktionen aus, also der automatischen Genehmigung von Anträgen bei einer nicht fristgerechten Bearbeitung von Anträgen durch die Behörden.

Neben der deutschen Bürokratie steht in den Wahlprogrammen die europäische Ebene im Vordergrund: Zum einen geht es darum, einzelne Regulierungen zu entbürokratisieren (u.a. SPD) oder sie gleich ganz abzuschaffen (u.a. CDU/ CSU oder FDP), zum anderen aber auch um das Anti-Gold-Plating – also darum, nationale Regelungen zurückzunehmen, die über europäisches Recht hinausgehen (CDU/ CSU, FDP).

SPD

Die SPD wirbt damit, unnötige Bürokratie zu kappen und Verfahren zu beschleunigen. Der Weg dahin führt laut Wahlprogramm zum einen über die Fortführung des von der Ampel-Regierung mit den Ländern beschlossenen Deutschlandpakts zur Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungs-Beschleunigung. Darüber hinaus soll auf nationaler wie europäischer Ebene die Zusammenführung, Vereinfachung und Digitalisierung von Dokumentations- und Berichtspflichten vorangetrieben werden, um so Bürokratie für Unternehmen zu verringern. Neue gesetzliche Regelungen sollen auf Praxistauglichkeit überprüft werden ("**Praxischeck**"), zudem ist ein sogenannter "**Praxisgipfel**" angedacht, der die Einbindung von Wirtschaft, Ländern und Kommunen zur Ermittlung weiterer Maßnahmen vorsieht. Arbeitnehmer- und Verbraucherrechte sowie der ökologische Wandel sollen durch den Bürokratieabbau nicht beeinträchtigt werden. Der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) soll entbürokratisiert und um eine Exportförderung ergänzt werden. Kommunale Förderprogramme sollen deutlich vereinfacht werden und die Partei spricht sich für die Einführung einer Genehmigungsfiktion aus.

CDU/ CSU

Laut Unions-Wahlprogramm beklagen Unternehmen "Bürokratiewahnsinn", weshalb das Thema Bürokratie in den unterschiedlichsten Bereichen (also u.a. Landwirtschaft, BAföG) genannt wird. Mit Blick auf die Industrie sieht auch das Programm der CDU/ CSU 'Checks' vor, sogenannte "**Bürokratie-Checks**", mit denen die bestehende Gesetzgebung in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Unternehmen auf den Prüfstand soll. Zudem werden "**Entrümpelungsgesetze**" genannt: Dies meint den regelmäßigen Abbau überflüssiger Vorschriften und eine Bürokratiebremse nach dem Prinzip "One in, two out". Die Steuerbürokratie soll generell vereinfacht werden, für Start-Ups und Unternehmensgründungen soll es eine "**Gründerschutzzone**" geben, eine Startphase, die weitestgehend ohne bürokratische Vorschriften auskommt. Denn: Wer die Bürokratie angeht, gibt laut Unionsparteien Freiheit zurück. Dies gilt besonders auch mit Blick auf Brüssel und die EU: Zum einen wird das EU-Forechecking angesprochen, die frühzeitige Einflussnahme auf europäische Regulierung und zum anderen ein Gesetz gegen Draufsatteln – „**Anti-Gold-Plating-Gesetz**“ – Regelungen sollen zurückgenommen werden, die über europäisches Recht hinausgehen - und auch zukünftig soll jegliche Übererfüllung unterbunden werden. Das deutsche Lieferkettengesetz soll abgeschafft werden und den europäischen Belastungen - hier werden die Regulierung für nachhaltige Investitionen (Taxonomie) oder Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting) genannt - "wollen wir ... einen Riegel verschieben". Es wird zudem vorgeschlagen, einen **EU-Wettbewerbsfähigkeits-Check** einzuführen, der neue Regulierungen daraufhin prüft, wie sie sich auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken. Ergänzend dazu soll ein unabhängiger europäischer Normenkontrollrat geschaffen werden, der die Bürokratiekosten misst und dabei auch die Erfahrungen der Mitgliedstaaten mit der Anwendung des EU-Rechts berücksichtigt.

Planung, Genehmigung und Umsetzung sollen deutlich beschleunigt werden - dies geschieht mittels "**Genehmigungsfiktion**".

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/ Die Grünen machen sich dafür stark die 2023 eingeführten **Praxischecks** in der neuen Legislaturperiode auszubauen. Wie auch die SPD setzt die Partei beim Abbau bürokratischer Hürden darauf, dies "ohne soziale oder ökologische Schutzstandards abzubauen" zu erreichen. Die einfache Umsetzbarkeit von Gesetzen sowohl für Unternehmen als auch für Bürger*Innen und Verwaltung soll maßgeblich werden. Als wesentliches Mittel für den Bürokratieabbau wird zudem die **Digitalisierung der Verwaltung** genannt. Diese spielt auch mit Blick auf Gründungsprozesse eine wichtige Rolle; "**One-Stop-Shops**" für Gründer*Innen, wo Begleitung und Beratung aus einer Hand angeboten wird, sind das Ziel.

FDP

Die FDP attestiert Deutschland ein "Bürokratie-Burnout", bezeichnet die Bürokratie als Misstrauensvotum des Staates gegenüber Bürger*innen. Bürokratie-Abbau sei deshalb ein "Konjunkturprogramm zum Nulltarif". Mit einer ganzen Reihe an Maßnahmen wollen sie der Bürokratie deshalb begegnen:

- mit einem **Bürokratie-Moratorium**, das das Einfrieren neuer Vorschriften für drei Jahre vorsieht, es sei denn, bestehende Bürokratie wird abgebaut,
- mit einem **Jahresbürokratieentlastungsgesetz**, mit dem ein Abbau-Pfad für überflüssige Regelungen geschaffen wird,
- mit einer **Bürokratiebremse** im Grundgesetz, sodass der Bürokratieabbau in der Verfassung verankert wird,
- Gesetze sollen mit einer sogenannten **Sunset-Klausel** zeitlich befristet werden: sie treten dann automatisch außer Kraft, wenn sie nicht aktiv verlängert werden,
- durch eine **Vergaberechtsreform** sollen Vergaben drastisch vereinfacht werden; es beinhaltet eine höhere Wertgrenze für Direktvergaben (ab 100.000 Euro) und den Abbau von Berichts-, Nachweis- und Dokumentationspflichten

Zudem spricht sich die FDP wie die Union und die SPD für mehr **Genehmigungsfiktionen** aus. Die Hauptquelle der Bürokratie ist nach Ansicht der FDP die EU; deshalb sollte auch nach Ansicht der FDP ein **Gold-Plating-Verbot** gelten. Bürokratische EU-Rechtsakte sollen abgeschafft werden wie auch die Berichtspflichten aus dem Green Deal.

Die Linke

- keine spezifischen Vorschläge

Tabelle 5: Industrietransformation in den Parteiprogrammen – Bürokratieabbau

VORSCHLÄGE FÜR DEUTSCHLAND	EUROPÄISCHE VORSCHLÄGE
Deutschlandpakt: SPD	Entbürokratisierung CBAM: SPD
Praxischeck/ Bürokratiechecks/ Praxisgipfel: SPD CDU/CSU BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Anti-Gold-Plating/ Gold-Plating-Verbot: CDU/CSU FDP
Genehmigungsfiktion: SPD CDU/CSU FDP	EU-Wettbewerbsfähigkeitscheck: CDU/CSU
Entrümpelungsgesetze: CDU/CSU	Abschaffung von Berichtspflichten aus Green Deal: CDU/CSU FDP
Gründerschutzzone: CDU/CSU	
Abschaffung Lieferkettengesetz: CDU/CSU	
Digitalisierung der Verwaltung: BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
Zahlreiche weitere Massnahmen: FDP	

3.6 Weitere Förderung der Transformation der Industrie

Nach Aussage mehrerer aktueller Studien sind erhebliche Investitionen erforderlich, damit die Industrie die aktuellen Herausforderungen der Transformation bewältigen und gleichzeitig wettbewerbsfähig bleiben kann (Agora Think Tanks 2024, BDI-BCG-IW-Studie). Welche Rolle gezielte staatliche Förderung spielen sollte, um die Industrie dabei zu unterstützen, wird von den Parteien unterschiedlich bewertet.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass SPD, Grüne und die Linke fördern wollen, und zwar gezielt in Richtung Transformation und hierfür auch spezifische Instrumente vorschlagen.

Unionsparteien und FDP hingegen betonen, „keine Technologien vorschreiben“ zu wollen bzw. setzen auf „Technologieoffenheit“ sowie auf den Markt bzw. auf den CO₂-Preis.

SPD

Die SPD schlägt in ihrem Wahlprogramm den „**Deutschlandfonds**“ vor, mit dem öffentliches wie privates Kapital mobilisiert werden soll, um damit u.a. Investitionen in Strom- und Wärmenetze und Wasserstoffinfrastruktur zu finanzieren. Mit einer anfänglichen Ausstattung von 100 Milliarden Euro, die sich sowohl aus staatlichen wie aus privaten Mitteln zusammensetzt, soll er den Unternehmen langfristige Planungssicherheit geben.

Die SPD plant zudem eine **Investitionsprämie** mit der Zukunftsinvestitionen in Technologien von morgen angereizt werden sollen. Dafür erhalten Unternehmen eine Steuererstattung in Höhe von 10% der Anschaffungskosten für Maschinen, Geräte oder andere Ausrüstungsinvestitionen. Im Vergleich zu herkömmlichen Förderprogrammen, liegt der Vorteil der Prämie nach Ansicht der Partei in der unbürokratischen Ausgestaltung.

Die SPD setzt zudem auf die öffentliche Hand als Nachfrager und möchte **Leitmärkte für grünen Stahl** ‚Made in Germany‘ schaffen.

CDU/ CSU

Bei der CDU/ CSU werden mit Blick auf die Transformation der Industrie so genannte ‚**Pioniermärkte**‘ genannt: Über **Quoten u.a. für klimaneutralen Stahl** soll ein effizienter Markthochlauf gelingen. Auch bei CDU/ CSU sollen Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz künftig steuerlich deutlich schneller und vorteilhafter geltend gemacht werden können. Darüber hinaus setzen die Unions-Parteien bei ihrer Industriepolitik vor allem auf **Steuervereinfachungen** oder Initiativen, um die Exportwirtschaft zu stärken.

Bündnis 90/Die Grünen

Die „**klimaneutrale Modernisierung der Industrie**“ bildet einen Schwerpunkt im Wahlprogramm von Bündnis 90/ Die Grünen: mit einem Mix aus marktwirtschaftlichen Instrumenten wie dem CO₂-Preis, gezielter Unterstützung bei Investitionen wie auch einem unbürokratischen Ordnungsrecht, will die Partei die Transformation begleiten. Der bisherige Anwendungsbereich der **Klimaschutzverträge** soll ausgeweitet werden und an eine Bezahlung nach Tarifvertrag gebunden werden. Um **grüne Leitmärkte** in Sektoren wie Stahl und Zement europaweit zu etablieren, soll bspw. bei öffentlichen Aufträgen eine **Mindestquote von grünem Stahl** eingeführt werden, die stetig ansteigt. Auch Bündnis 90/ Die Grünen schlagen einen Deutschlandfonds vor, der insbesondere bei der Finanzierung der Infrastruktur zum Einsatz kommt.

FDP

Im FDP-Wahlprogramm finden sich keine spezifischen Vorschläge zur Förderung der Transformation der Industrie. Die Partei setzt sich mit Blick auf das Erreichen der Klimaziele des Pariser Abkommens und **faire Wettbewerbsbedingungen** für die europäische Industrie für einen internationalen Emissionshandel mit globalem CO₂-Preis ein. Sie plädiert zudem dafür das deutsche Ziel der Klimaneutralität bis 2045 durch das europäische Klimaneutralitäts-Ziel bis 2050 zu ersetzen und so der energieintensiven Industrie mehr Zeit für die Umstellung auf klimafreundliche Technologien zu ermöglichen.

Die Linke

Die Linke fordert 200 Milliarden Euro für den Industrieumbau; das Geld fließt in einen **Investitionsfonds**, der Unternehmen entweder mit langfristigen Krediten oder im Austausch für Gesellschaftsanteile beim klimagerechten Umbau unterstützt. Auch mit Hilfe von **Klimaschutzverträgen** sollen klimafreundliche Technologien bei der Um- und Ausrüstung von Produktionsanlagen gefördert werden. Die klimafreundliche Produktion soll auch bei der Linken durch **öffentliche Beschaffung, Produktstandards und Quoten** gefördert werden. Nach Vorstellung der Linken dienen **Leitmärkte** dazu, Unternehmen zu fördern, die klimafreundlich und arbeitnehmerfreundlich produzieren. Grundsätzlich gilt für die Partei: Kein Steuergeld ohne Gegenleistung – direkte wie indirekte staatliche Gelder an Unternehmen sind an konkrete Bedingungen wie Standortverpflichtungen und verbindliche Investitionspläne geknüpft.

Tabelle 6: Industrietransformation in den Parteiprogrammen – Förderung

FÖRDERUNG IN DER BREITE	SPEZIFISCHE FÖRDERUNG
Deutschlandfonds/ Investitionsfonds: SPD, Bündnis 90/ Die Grünen Die Linke	Klimaschutz-Verträge: Bündnis 90/ Die Grünen Die Linke
Investitionsprämie (Steuererstattung): SPD, Bündnis 90/ Die Grünen	Idee von Leitmärkten/ Pioniermärkten für bestimmte grüne Produkte: SPD, CDU/CSU Bündnis 90/ Die Grünen Die Linke
Steuererleichterung für Klimatechnologien & Energieeffizienz: CDU/CSU	Förderung von einzelnen Technologien, z.B. Speicher- und Batterietechnologien: Die Linke Bündnis 90/ Die Grünen

4 Perspektive für die Industrietransformation

Ein klares Bekenntnis zur klimaneutralen Industrie bis 2045 findet sich nicht in allen untersuchten Wahlprogrammen. Zudem gibt es grundlegende Unterschiede zwischen den Parteien, beispielsweise im Bereich Energieträger oder in der Bewertung von einzelnen Maßnahmen wie dem deutschen Lieferkettengesetz, die unvereinbar erscheinen.

Dennoch lassen sich bei den betrachteten Parteien in zentralen Bereichen wesentliche Gemeinsamkeiten feststellen, die es im Rahmen der Koalitionsverhandlungen in Einklang zu bringen gilt. Diese zeigen sich bspw. beim Ausbau des Wasserstoffnetzes, in der Zustimmung der meisten betrachteten Parteien zu H₂-Importen sowie in der Forderung nach Bürokratieabbau durch Praxis-, bzw. Bürokratiechecks. Bei den politischen Ansätzen gibt es derweil Unterschiede: Während SPD, Grüne und Linke gezielt in die Transformation investieren wollen und dafür spezifische Instrumente vorschlagen, betonen Unionsparteien und FDP vor allem ihre technologieoffene Haltung und setzen auf Marktmechanismen wie bspw. den CO₂-Preis.

Klimaschutz und eine starke Wirtschaft sind indes kein Widerspruch, eine Verschiebung oder Verwässerung der Klimaziele ist keine Option – die wirtschaftlichen Kosten des Klimawandels steigen bereits jetzt und werden weiter zunehmen. Politisches Zögern oder gar eine Umkehr bei bereits eingeleiteten Maßnahmen schafft Unsicherheit, wo Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen brauchen. Denn Planungssicherheit ist essenziell für die dringend benötigten Investitionen in die Zukunft.

Literaturverzeichnis

- Agora Think Tanks (2024): *Klimaneutrales Deutschland. Von der Zielsetzung zur Umsetzung.*
- BCG, IW und BDI (2025): *Transformationspfade für das Industrieland Deutschland. Eckpunkte für eine neue industriepolitische Agenda.* September 2024.
- BDI (2025): *Innovationsstandort Deutschland: Mehr strategische Innovationspolitik wagen. Ergebnisse einer Befragung von Industrieunternehmen zu den Rahmenbedingungen für Innovationen in Deutschland.* Institut für Demoskopie Allensbach.
- BMWK (2023): *BMWK baut mit neuem PraxisCheck-Verfahren konkret unnötige Bürokratie ab. Überblickspapier zum neuen Instrument des Praxischecks.* Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 18.08.2023, Berlin.
- Bündnis 90/ Die Grünen (2025): *Zusammenwachsen. Regierungsprogramm 2025.* Download: 9. Februar 2025, https://cms.gruene.de/uploads/assets/20250205_Regierungsprogramm_DIGITAL_DINA5.pdf
- CDU/CSU (2025): *Politikwechsel für Deutschland. Wahlprogramm von CDU und CSU.* Download: 9. Februar 2025, <https://www.politikwechsel.cdu.de/sites/www.politikwechsel.cdu.de/files/docs/politikwechsel-fuer-deutschland-wahlprogramm-von-cdu-csu-1.pdf>.
- CSU (2025): *Deutschland wieder in Ordnung bringen. Bayern stark in Deutschland.* Download: 9. Februar 2025, https://www.csu.de/common/download/Bayern-Agenda_zur_Bundestagswahl2025.pdf.
- Die Linke (2025): *Alle wollen regieren. Wir wollen verändern. Reichtum teilen. Preise senken. Füreinander. Wahlprogramm Die Linke.* Download: 9. Februar 2025, https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Wahlprogramm_Langfassung_Linke-BTW25_01.pdf.
- DIHK (Hrsg.) (2024): *Leitlinien für die internationale Handelspolitik.* DIHK-Positionspapier 2024. Deutsche Industrie- und Handelskammer, Berlin, Brüssel.
- FDP (2025): *Alles lässt sich ändern. Das Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2025.* Download: 9. Februar 2025, https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm_2025.pdf.
- Ifo (2024): *Firmenbefragung zum Thema Bürokratie in Deutschland.* Ifo Forschungsberichte, 148.
- SPD (2025): *Mehr für Dich. Besser für Deutschland. Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2025.* Download: 9. Februar 2025, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD_Programm_bf.pdf
- Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.) (2024): *Bürokratie als Wachstumsbremse: Bestandsaufnahme und Reformansätze – Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen.* Erstellt vom ifo Institut – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V., München, www.familienunternehmen.de.
- Tagesspiegel Background (2025): *Bundestagswahl. Neue Bundesregierung soll Investitionsbremse lösen.* Von Karsten Wiedemann, 03.01.2025, <https://background.tagesspiegel.de/energie-und-klima/briefing/neue-bundesregierung-soll-investitionsbremse-loesen>.